

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 255/08
05.08.2008**

BUND und GRÜNE fordern Waldwende

Mehr Naturschutz im Wald, mehr Mittelstandsförderung für Sägewerke, Korrekturen bei der geplanten Forstreform

In einer Pressekonferenz haben die Landtagsfraktion der GRÜNEN und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg, mehr Anstrengungen des Landes für Naturschutz im Wald und für eine stärkere Förderung der mittelständischen Sägewerkebetriebe gefordert. Umweltschützer und Grüne haben ein gemeinsames Positionspapier entwickelt, das sich mit Zustand und Zukunft des Waldes in Baden-Württemberg beschäftigt und konkrete Forderungen an die Landespolitik stellt.

"Bisher hat Landwirtschaftsminister Peter Hauk weder in der Ökologie noch in der Ökonomie Fortschritte erzielt – im Gegenteil: Weder hat er die hohe internationale Verantwortung ernst genommen, die biologische Vielfalt in den für Baden-Württemberg typischen Buchenwäldern zu erhalten. Noch ist es ihm gelungen, eine Strategie zur Erhaltung der mittelständischen Sägewerke zu entwickeln. Im Gegenteil, die Politik von Minister Hauk lässt an keiner Stelle erkennen, dass er die Erhaltung der rund 500 mittelständischen Sägewerke und damit stabile Arbeitsplätze in Baden-Württemberg als strategisches Ziel ansieht," kritisiert der forstpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Reinhold Pix, den Minister.

Das Land Baden-Württemberg kommt auch im Wald seinen Verpflichtungen zur Erhaltung der Biodiversität nicht nach", kritisiert die BUND-Landesvorsitzende, Dr. Brigitte Dahlbender: "Zur Erhaltung der Biodiversität brauchen wir bis 2020 bundesweit fünf Prozent der Wälder als nutzungsfreie Zonen über alle Waldbesitzarten hinweg bzw. zehn Prozent in öffentlichen Wäldern als Vorbildfunktion. Dies sind Zielsetzungen der "Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt der Bundesregierung" vom November 2007. Davon sind wir in Baden-Württemberg mit derzeit 0,5 Prozent Bannwald noch meilenweit entfernt. Mit dem bisherigen fast 20 Jahre alten Ziel des Landes von einem Prozent Bannwald wird die Landesregierung, aber noch nicht einmal ihren eigenen viel zu niedrig gesteckten Vorgaben zum Erhalt der Biodiversität gerecht. Die Landesregierung muss in den nächsten Jahren verstärkt Bannwälder ausweisen."

Als "völligen Murks" bezeichnet Gerhard Maluck, Forstexperte des BUND, die von Minister Hauk geplante Forstreform. "Zuerst zerschlägt man wider besseren Wissens eine gut funktionierende Verwaltung, um dann den Wald auf Holz und Euro zu reduzieren. Wer sich Gutachten wie die von Deloitte Consulting GmbH und Österreichische Bundesforste AG (ÖBf) 2007- schreiben lässt, die eine maximal mögliche Mechanisierung der Holzernte und eine Verringerung des Rückegassenabstandes von 40 Metern auf 20 Metern vorsehen, darf sich doch über Widerstand aus den Reihen des Naturschutzes nicht wundern". Massive Kritik üben GRÜNE und BUND an der grundsätzlichen Einstellung der Landesregierung zum Thema Waldbau: "Die fast ausschließlich betriebswirtschaftliche Zielrichtung der angestrebten Reform steht auf 110.000 Hektar (ha) der rund 320.000 ha Staatswald in direktem Widerspruch zu verbindlichen Vorgaben seitens der EU oder des Landes selbst. Der Minister ist zwar für Naturschutz zuständig, nimmt diesen aber nicht ernst. Eine Waldwende ist dringend erforderlich."

Und zur Beibehaltung der Kompetenzen für die Forstämter bei den Landkreisen kommentiert Pix: "Minister Hauk hat Schiffbruch erlitten, will aber mit Löchern im Schiffsrumpf weiterrudern. Wir müssen acht geben, dass im Zuge der Debatte um einen Forstbetrieb gemäß § 26 der Landeshaushaltsordnung Umwelt- und Sozialstandards definiert und deren Einhaltung gesichert werden", so Pix.

"Die Förster im Land leisten gute Arbeit. Die Qualität ihrer Arbeit und ihre enormen Kompetenzen hängen auch davon ab, dass sie den Wald ganzheitlich betrachten und bearbeiten. Auf der gleichen Fläche sind sie zuständig sowohl für den Waldbau als auch für Waldpädagogik, für Ökonomie und Ökologie, für Staatswald und Privatwald", betont Dahlbender: "Der BUND fordert Minister Hauk daher auf, sich ohne

Wenn und Aber für das Einheitsforstamt einzusetzen. Nur so kann diese integrative Arbeit unserer Förster auch in Zukunft gesichert werden."

"Und um diese Arbeit verantwortungsvoll und sorgfältig zu erledigen, brauchen die Förster auch Zeit", fügt Maluck hinzu. "Wenn man den Kollegen ständig die Reviere vergrößert und ihnen die Hiebsätze ins Uferlose erhöht, dann werden sie zu reinen 'Holzknechten' degradiert. Dann passieren auch Fehler, indem z. B. geschützte Horst- und Höhlenbäume nicht erkannt und versehentlich gefällt werden und damit wertvoller Lebensraum für geschützte Arten wie Schwarzspecht, Hohltaube und Rotmilan, für den Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung hat, verloren geht".

BUND und GRÜNE erklären: "Mit 140.000 Beschäftigten und 17 Mrd. Euro Umsatz allein in Baden-Württemberg ist der Cluster Forst und Holz einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige im Land. Stabilität stammt hier insbesondere, und typisch für Baden-Württemberg, vom Mittelstand. Unsere 500 mittelständischen Sägewerke sorgen für sichere Arbeitsplätze in eher ländlich geprägten Räumen. Sie sollten nicht durch intransparente Vermessungs- und Zahlungsbedingungen des Ministeriums Ländlicher Raum mit Großabnehmern benachteiligt werden."

Zukunft des Waldbaus (<http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dokbin/244/244679@de.doc>)